konflikt zusammenfassen und die Disziplinbrüche der 23 feststellen, wird aber weiter betonen, daß für die sächsischen Parteigenossen das Einhalten der Disziplin eine Selbstverständlichkeit ist."

Haltet Disziplin! Bleibt in der Partei! Das ist alles, was die „Linken" jetzt den sozialdemokratischen Arbeitern zu sagen wissen. Das ist auch ihre einzige Sorge — die Arbeiter könnten, nachdem auch ihre letzte Hoffnung zuschanden geworden ist, in hellen Scharen davonlaufen.

Damit zeigen die „Linken", daß sie mit ihrer oppositionellen Phrase nur die Aufgabe haben, die Arbeiter an die Partei der Ebert, Wels, Bethke und Stelling zu fesseln.

Die sozialdemokratischen Arbeiter, um all ihre Hoffnungen betrogen, werden den Beschluß des Parteitages, vor den Rechten zu kapitulieren, nicht respektieren. Die sozialdemokratischen Arbeiter dürfen und werden die Herrschaft der Rechten nicht dulden, sondern sich mit aller Entschlossenheit gegen die Einheitsfront mit den Kapitalisten wenden und für die Einheitsfront der Arbeiter kämpfen.

## Der Reichsrat beschließt die Klassenfürsorge

Der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit schreibt uns:

Der Beschluß des Reichstages, den Sozialrentnern bei Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge zwei Drittel ihrer Renten bis zum Höchstbetrag von 22,50 Mk. monatlich anrechnungsfrei zu lassen, wie dies die Reichsregierung im Aufwertungsgesetz für die Kleinrentner durchgesetzt hat, ist von der Reichsregierung auf Betreiben des Reichsrates nicht in Kraft gesetzt worden. Dafür hat der Reichsrat am 5. September beschlossen, daß die Sozial- und Kleinrentner bei der Festsetzung der Unterstützungsrichtsätze in der Regel um ein Viertel günstiger gestellt sein sollen, als die übrigen Fürsorgeberechtigten.

Dieser Beschluß ist ein Verlegenheitsprodukt des Reichsrates, er soll dazu dienen, die Empörung der Sozialrentner wegen der Hintertreibung des Reichstagsbeschlusses zu dämmen, ein Fürsorgeverband wird durch diesen Beschluß gezwungen, Unterstützungen zu gewähren, die das primitivste Existenzminimum gewährleisten, im Gegenteil, wir befürchten, daß hierdurch das Niveau der allgemeinen Fürsorge für die übrgen Fürsorgeberechtigten herabgesetzt wird, ohne daß die Sozial- und Kleinrentner die dringend notwendige Hilfe erhalten. Solange nicht einheitlich von Reichswegen unter Anlehnung an die unteren Stufen der Beamtenbesoldung Unterstützungsrichtsätze bestimmt werden, müssen wir den Beschluß des Reichstages, einen Teil der Renten anrechnungsfrei zu lassen, als ein geeigneteres Mittel ansehen, die elenden Unterstützungssätze heraufzuschrauben. Die gegenwärtigen Verhältnisse in der öffentlichen Fürsorge zwingen alle Schichten der Fürsorgeberechtigten zu Hunger und Elend, wie die ansteigende Ziffer der Selbstmorde aus den Kreisen der Fürsorgeberechtigten schlagend beweist. Mit der schematischen Anweisung, die Sozialrentner und Kleinrentner um ein Viertel günstiger zu stellen als die übrigen Fürsorgeberechtigten, ohne Festsetzung eines Existenzminimums für alle, wird nicht geholfen. Man beabsichtigt wahrscheinlich damit, die verschiedenen Schichten der Fürsorgeberechtigten gegeneinander auszuspielen.

Der Internationale Bund ruft allen Fürsorgeberechtigten zu:

**Laßt euch nicht spalten, kämpft in geeigneter Klassenkampffront für einen Ausbau der öffentlichen Fürsorge!**

Zu diesem Thema schreibt uns der Zentralverband der Arbeitsinvaliden:

„Durch den Beschluß des Reichsrats vom 5. September, den Sozial- und Kleinrentnern eine wirksame Sicherung zu bieten, daß ihnen eine gehobene Fürsorge zuteil wird, indem in der Regel die Richtsätze für Sozial- und Kleinrentner um wenigstens ⅓ höher sein müssen als für andere Hilfsbedürftige, wird der jetzige unhaltbare Zustand nicht beseitigt. Der Beschluß nimmt den unsozialen Gemeinden nicht die Möglichkeit, in ihrer bisherigen Art den Sozialrentnern völlig ungenügend zu helfen. Für die sozial hochstehenden Gemeinden ist der Beschluß vielfach nicht durchzuführen. Wenn aber dieser Beschluß wortgetreu durchgeführt würde, bedeutete er, daß eine Gemeinde, deren Unterstützungssatz 60 Mk. im Monat beträgt, diesen um 15 Mk. erhöhen müßte, und in einer Gemeinde, wo aber nur 24 Mk. Unterstützungssatz besteht, würden nur 6 Mk. mehr gegeben werden. Wir protestieren entschieden dagegen, daß man solche wichtigen Fragen ohne Fühlungnahme mit den Interessenten-Organisationen durchführt. Wir erblicken darin eine grobe Mißachtung der Veteranen der Arbeit."

## Vor einer Konferenz der internationalen Ausbeuter

Den Sozialdemokraten widerfährt großes Heil. Eben erst hat Wels auf dem Parteitag verkündet, daß die Deutschnationalen jetzt sozialdemokratische Politik machen, da können sie jubeln, daß jetzt die gesamten internationalen Kapitalisten sozialdemokratische Wirtschaftspolitik betreiben. Unseren Lesern sind die Bestrebungen der Sozialdemokraten nach einer internationalen Wirtschaftskonferenz bekannt. Gestern läßt sich nun die „Dresdner Volksztg." aus Genf folgende Notiz mitteilen:

„Das wichtigste Ereignis in der Dienstag-Vormittag-Sitzung des Völkerbundsrates war eine groß angelegte Rede Loucheurs über die geplante internationale Wirtschaftskonferenz. Die schwierige Lage Europas, so führte der Redner aus, erkläre sich aus wirtschaftlichen Gründen. Der Krieg sei aus Wirtschaftskonflikten entstanden. Er habe die allgemeine Lage nur verschlimmert. Heute verhindern die Verschiedenheit der Grenzen, die Zollschwierigkeiten, die schwierigen Probleme des allgemeinen Verkehrs, die Zerstörung des Weltmarktes und die Zerrüttung der Währung nicht nur einen Wiederaufbau Europas, sondern der ganzen Welt. Es sei erstaunlich, daß man in einer Zeit, wo nur eine allgemeine internationale Verständigung helfen könne, in jedem Lande einen wirtschaftlichen Nationalismus finde. Das Problem des allgemeinen wirtschaftlichen Aufbaues sei das dringendste, das sich heute darstellt. Nicht ohne Abschluß internationaler Verträge könne helfen, sondern man müsse zwischen den verschiedensten Produktionsländern genaue Vereinbarungen treffen über die Verteilung der Menge der herzustellenden Produkte. In diesem Sinne müsse das Problem durchgeführt werden.

Loucheur brachte dann namens der französischen Regierung folgende Entschließung ein: Die Versammlung fordert den Rat auf, ein vorbereitendes Komitee einzusetzen, das mit Unterstützung der technischen Organe des Völkerbundes und des Arbeitsamtes die Vorarbeiten für eine internationale Wirtschaftskonferenz vorbereite. Die Einberufung dieser Konferenz wird von einer Entschließung des Rates abhängig gemacht. Der Zweck der Konferenz besteht darin, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich der Wiederherstellung der allgemeinen wirtschaftlichen Blüte entgegenstellen, zu untersuchen und ebenso die besten Mittel zu finden, um die Schwierigkeiten der Arbeitskonflikte jeder Art zu beseitigen."

Uns ist die Bescheidenheit der SPD. nicht ganz verständlich. Sie bringt die Notiz zwar in Fettdruck auf der ersten Seite, vergißt aber ganz, den Lesern mitzuteilen, daß Loucheur, der größte Gauner und Ausbeuter in Frankreich, nun Sozialdemokrat geworden.

Wir machen die Arbeiter auf die Pläne der imperialistischen Banditen aufmerksam. Während man zur Paktkonferenz rüstet, wird gleichzeitig mobilisiert, um eine internationale Wirtschaftsfront gegen die Arbeiter herzustellen. Kaum haben erst in maßloser Verblendung die Delegierten auf dem Kongreß der Gewerkschaften in Breslau die Einheitsfront der Arbeiter abgelehnt, da gehen die Kapitalisten daran, für sich eine solche Front zu schaffen. Der Zweck ist klar: „die besten Mittel zu finden, Arbeitskonflikte zu beseitigen". Wie das die Unternehmer verstehen, wissen die Arbeiter.

Die Antwort der Arbeiter kann nicht anders lauten wie intensivste Tätigkeit zum Zusammenschluß, zur internationalen Einheit der Gewerkschaften.

## Haussuchung in der „Viva"

Gestern fand in den Räumen der Verlagsanstalt „Viva", Berlin, Haussuchung nach

„Rot-Front-Liederbüchern"

statt. Gefunden wurde trotz eingehenden Durchsuchungen nichts.

## Preisabbau-Programm der Schwerindustrie

Essen, 17. September. Der Reichstagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei Dr. Kuhlenkamp sprach vor der Rheinischen Handelskammer zur Preissenkungs-Aktion der Reichsregierung. Er betonte, daß die Preisspanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis höher sein müsse, als in der Vorkriegszeit, da durch die Steuern und sozialen Abgaben die Erzeuger heute gezwungen seien, mehr verdienen zu müssen. Wenn man den Kampf der Regierung gegen die Kartelle gutheißen wolle, so müsse man aber auch fordern, daß gegen die Arbeitskraftkartelle (Gewerkschaften! D. Red.) vorgegangen werden müsse, da sie den leistungsfähigen Arbeiter mit dem unfähigen gleichstellten, wobei der Leistungskoeffizient immer mehr zurückginge.

## Heraus zum Roten Tag in Pirna!

**Für die Dresdner Teilnehmer am Roten Tag in Pirna besteht Fahrgelegenheit ab Dresden-Hauptbahnhof:**

**am Sonnabend nachmittag:**

**ab Hauptbahnhof: 4,15, 4,53, 5,05 und 5,51 Uhr;**

**am Sonntag früh:**

**ab Hauptbahnhof: 5,23, 5,40, und 6,10 Uhr.**

**Die Radfahrer müssen 5,45 am Bahnhof Pirna eingetroffen sein. Treffen zur Abfahrt 4,45 Uhr an der Ausstellung.**

**Arbeiter! Rot-Frontkämpfer!**

**Gestaltet durch Massenbeteiligung am Roten Tag in Pirna diesen Aufmarsch des revolutionären Proletariats zu einer eindrucksvollen Demonstration.**

**Heraus zum Roten Tag in Pirna!**

## Die Teuerung steigt!

Das „Berliner Tageblatt" veröffentlicht seinen Großhandelsindex für die am 9. September abgeschlossene Woche. Der Index zeigt eine **Steigerung um 0,8. Er stieg von 143,4 auf 144,2.** Das Interessante dabei ist, daß die Steigerung des Indexes im wesentlichen durch die wachsende Teuerung der Lebensmittel zustande kam. Die Gruppe der Lebens-, Futter- und Genußmittel zeigt nämlich eine Steigerung um 1,2 Prozent, infolge höherer Preise für Kartoffeln, Fleisch, Heringe, Gerste und Hafer. Einen kleinen Rückgang zeigten die Preise für Weizen, Roggen und Mehl. Aber dieser Rückgang wurde durch die wachsende Fleisch- und Kartoffelteuerung bei weitem ausgeglichen. — Auch in der Gruppe der Textilien zeigte sich eine Preissteigerung.

Das ist die zahlenmäßige Erläuterung zu der heldenmütigen „Preisabbau-Aktion" der Luther-Regierung!

## Der Einzug des „Retters"

**Nationalistischer Rummel bei den Befreiungsfeiern**

**Bochum,** 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Gestern früh reiste Hindenburg, der preußische Ministerpräsident Braun, der Innenminister Severing, der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Fraenke, und das sonstige Gefolge des „Retters" per Sonderzug von Berlin ab. Der Zoll- und Steuerkanzler Luther macht sich direkt auf den Weg nach Bochum. Programmmäßig ist Hindenburg in Hamm eingetroffen. Er hielt auf dem Bahnsteig seine erste Rede, in der er sagt: „Guten Tag, Kinder. Ihr habt es schwer gehabt, aber ihr habt euch brav gehalten und dafür danke ich euch als alter Soldat von ganzem Herzen. Es wird auch wieder besser werden." Mitglieder des Sängerbundes sangen das Deutschlandlied, daß schon über so manche schwere Stunde hinweggeholfen und mit dessen Hilfe bald wieder bessere Tage kommen werden. Nachdem man noch einige Male „Deutschland, Deutschland über alles" gesungen hatte, fuhr der Zug mit dem „Retter" mit seinem Stab weiter.

In Bochum war die Befreiungsfeier mit ungeheurer Reklame gemacht worden. Vertreter der Behörde, der Wissenschaft und der sonstigen örtlichen Instanzen gaben ein Frühstück. **Auch die geladenen Vertreter der freigewerkschaftlich und sozialdemokratischen Kreise trafen dort ein.**

## „Sanierung" mit Steuerbetrug

**Berlin,** 18. September. (Eigener Drahtbericht.) An Steuern und Zöllen betrugen die Reichseinnahmen im August insgesamt **523,4 Millionen Mark.** Das sind annähernd **200 Millionen Mark weniger als im Vormonat. Die Verminderung setzt sich fast ausschließlich aus veranlagten Besitzsteuern zusammen.** Die Zölle und Verbrauchssteuern gingen um nur **15 Millionen Mark zurück.** Das Gesamtergebnis der 5 ersten Monate des Etatsjahres (April bis August) erbrachten **bereits die Hälfte des Voranschlages.** Da im September die neuen Zölle und die neuen indirekten Steuern erst voll zur Geltung kommen, ist für das Finanzjahr **1925 mit einem starken Ueberschuß zu rechnen.**

## Die Reformisten der Bergarbeiter-Internationale gegen Cook

**Brüssel,** 18. September. Das Komitee der Bergarbeiterinternationale, das in Brüssel tagte, mißbilligte einstimmig die Reden des englischen Bergarbeiterführers Cook, die er in Essen und Berlin gehalten hat. Cook erklärte, bevor er Brüssel verließ, daß er für sich das Recht beanspruche, zur Einigkeit der internationalen Arbeiterschaft zu mahnen, und er halte das, was er darüber gesagt habe, aufrecht. „Ich wiederhole, daß die Lage, in der sich Deutschland jetzt befindet, für Europa äußerst gefährlich ist." Die Entschließung der Konferenz lautet: „Wir nehmen Kenntnis von den Erklärungen, die A. J. Cook in Berlin und Essen abgegeben haben soll, lehnen alle Verantwortung für sie ab, mißbilligen sie falls sie sich bestätigen sollten und übertragen die Angelegenheit der nächsten Zusammenkunft zur weiteren Behandlung." Zur Frage der Entsendung einer Delegation der Bergarbeiter nach Sowjetrußland beschloß die Konferenz, daß der Sowjetregierung mitzuteilen sei, daß entweder sämtliche Mitglieder der Abordnung oder gar keine nach Rußland mitgehen würden. Die Deutschen und die Belgier bestanden darauf, daß die von ihnen vorgeschlagenen Dolmetscher, zwei Antibolschewisten, die Delegation begleiten sollen. Bisher hatte die Sowjetregierung den Antibolschewisten die Pässe verweigert. Der nächste Kongreß der Bergarbeiterinternationale soll im August 1926 stattfinden.

## Parteitag der englischen Labour Party

**London,** 18. September. (Eigener Drahtbericht.) **Am 29. September beginnt die 25. Jahreskonferenz der englischen Labour Party, die 4 Tage dauern soll. Die gesamte bürgerliche Presse beschäftigt sich mit ihrer Tagesordnung, da die revolutionären Proteste innerhalb der englischen Arbeiterschaft natürlich nicht spurlos in der Partei vorübergegangen sind. Die besondere Zusammensetzung der Labour Party und der Umstand, daß die Gewerkschaften kooperativ angeschlossen sind, macht den Prozeß der Linksschwenkung deutlicher bemerkbar. Besonders wichtig ist der von einer Reihe hervorragender linker Gewerkschaftsführer unterzeichnete Antrag an den Kongreß, der die Aufhebung des im letzten Jahre mit knapper Mehrheit gefaßten Beschlusses über den Ausschluß der Kommunisten aus der Labour Party zum Ziele hat. Dieser Antrag, der unter anderem von Cook, dem Vorsitzenden des diesjährigen Gewerkschaftskongresses und dem Führer der Rußlanddelegation unterzeichnet ist, weist ausdrücklich darauf hin, daß „eine Kampagne gegen irgendwelche Arbeitergruppen wegen ihrer „extremen" Ansichten nur zu Mißtrauen, Zwietracht und Zersplitterung und zu sehr schlechten Ergebnissen in der Politik führen müsse." Andere Entschließungen, die sich gegen den Dawespakt richten, liegen dem Kongreß vor.**

**Infolgedessen ist es klar, daß die rechten Führer alles aufbieten werden, um nicht wie in Scarborough den letzten Rest ihres Einflusses zu verlieren.**

## Kampfbündnis der englischen Gewerkschaften

**London,** 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Eine Konferenz der Lokomotivführer, Techniker und Heizer Englands beschloß, dem neuen Industriebündnis der Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter zum Zwecke gemeinsamen Vorgehens gegen das Unternehmertum sich anzuschließen.

## Norwegische Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland

**Moskau.** (Inprekorr.) Der Kongreß der norwegischen Gewerkschaften beschloß unlängst, eine Arbeiterdelegation nach der Sowjetunion zu entsenden. Der Gewerkschaftsrat der Sowjetunion erhielt jetzt vom norwegischen Gewerkschaftsrat die Mitteilung, daß die Delegation, bestehend aus 16 Arbeitern verschiedener Parteirichtungen, im Oktober in Rußland eintreffen wird. Die Delegation der österreichischen Arbeiterjugend ist in Baku eingetroffen, wo sie von den Jungpionieren stürmisch begrüßt wurde. Die Delegation besichtigte die Naphthafelder und -dörfer der Jugend-Organisationen.

## Einstellung des Verfahrens gegen Sadoul

**Paris,** 17. September. Das Oberste Kriegsgericht hat gestern sämtliche Anklagen als gegenstandslos erklärt, die sich gegen die Verbindung mit Sowjetrußland und die Verleitung zur Unruhe im Kriege richteten. Die Begründung ist überzeugend: Es ist niemals von der französischen Regierung ein Krieg gegen die Sowjetrepublik erklärt worden und die gesetzliche Handhabe für eine Verurteilung gegen die Franzosen, die zu den Sowjets hielten, ist damit nicht gegeben. Daher sind die Angeklagten Sadoul, Marchand, Pascal und de Laffare außer Anklage gesetzt. Der Gouverneur von Paris, General Gouraud, hat selbst diesen Spruch unterzeichnet.

## 18 rumänische Gewerkschaftsführer im Hungerstreik

**Bukarest,** 17. September. Der aus 18 Mitgliedern bestehende Generalrat der unitären Gewerkschaften, der seinerzeit anläßlich seiner ordentlichen Sitzung willkürlich verhaftet wurde, befindet sich seit 16 Tagen im Hungerstreik. Das Gefängnis verwandelt sich allmählich in ein Krankenhaus. Die 18 liegen vollständig erschöpft auf den elenden Holzpritschen, entschlossen, den Hungerstreik bis zu ihrer Freilassung oder bis zum Tode durchzuführen.

Sie hoffen auf die einsetzende Aktion der Arbeiterschaft, in deren Reihen dieser neue Terrorakt der Henkerregierung ungeheure Empörung ausgelöst hat. Aus allen Teilen des Landes gehen der Regierung Protestresolutionen zu, die mit Massenverhaftungen beantwortet werden. In Ploesti und Galata wurden gewaltige Protestkundgebungen durch die Soldateska auseinandergesprengt.

## Vor neuen Kämpfen in China

**London, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Japan wird in China mit neuen kriegerischen Verwicklungen gerechnet. General Wu-Pei-Fu, der in der letzten Zeit wieder sehr stark hervortrat, soll sich mit der revolutionären Regierung Kantons gegen Tschang-so-Lin, den Oberherrn der östlichen Provinzen, der sich zum Diktator von Peking machen will, verbündet haben. Die Feindseligkeiten sind in naher Zukunft zu erwarten.**

# Rüstet zum Roten Tag in Pirna am 19. und 20. September